

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse

der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt
und des Verwaltungs- und Finanzausschusses

vom 11.11.2021

Sitzung: Öffentlich

Beginn: 18:06 Uhr

Ende: 20:45 Uhr

Zahl der Mitglieder des Ausschusses: 24

Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich als Vorsitzender
Erster Bürgermeister Janocha

und 17 Ausschussmitglieder

Anwesend:

StR Degler
StR Dyken
StR Franke
StR Gül
StR Härtner
StR Häußler
StR Hettich
StR Dr. Ketterer
StR'in Konrad
StR'in Kutteroff
StR Lachenmaier
StR'in Lohrmann
StR Malcher
StR'in Ribbeck
StR Scheib (bis 19:55 Uhr)
StR'in Täpsi-Kleinpeter
StR'in Dr. Ulfert

Abwesend:

StR Bauer
StR Dobler
StR'in Eusebi
StR'in Klinghoffer

Außerdem anwesend:

Herr Baudezernent Setzer
Frau Braun
Herr Ellrott
Frau Haug
Herr Kaltenleitner
Herr Nathan
Herr Stier
Herr Thomaier
Frau Wüllenweber
Herr Zipf
Frau Steinicke

Zur Beurkundung

**Oberbürgermeister
Friedrich:**

Für den Ausschuss:

Schriftführer:

Tagesordnung

- § 37 Knotenpunkt Stuttgarter Straße / Industriestraße
Erneuerung der Fahrbahn- und Gehwegbeläge sowie Erneuerung der Lichtsignalanlage
- Baubeschluss
- § 38 Kita Imster Straße 3: Erneuerung Blechdach; Heizkesseltausch und Aufbau einer
Photovoltaikanlage - Beschluss Energiekonzept
- § 39 Entwurf des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022 – Vorberatung
- § 40 Verschiedenes

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt und des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 11. November 2021 - Öffentlich -	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 17 Stadträte; Normalzahl 24
---	---

§ 37

Knotenpunkt Stuttgarter Straße / Industriestraße Erneuerung der Fahrbahn- und Gehwegbeläge sowie Erneuerung der Lichtsignalanlage - Baubeschluss

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Herrn Kaltenleitner, der anhand von Plänen (siehe Anlage) zum Tagesordnungspunkt ausführt:

1. Darstellung und Begründung des Vorhabens

Die Asphaltbeläge im Bereich des Knotenpunkts Stuttgarter Straße / Industriestraße sind schadhaft und müssen zur Vermeidung weiterer Schäden im Fahrbahnaufbau und zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit erneuert werden. Im Wesentlichen sind als Schadensbilder die mangelhafte Ebenheit (Spurrinnenbildung) und im weiteren schadhafte frühere Aufgrabungen und Rissbildungen zu benennen.

Im Zuge des Bauvorhabens erfolgt die vollständige Erneuerung der Lichtsignalanlage im Knotenpunktbereich.

Die Neuaufteilung der Fahrbahnflächen ermöglicht die Anlage von Radschutzstreifen und somit eine deutliche Verbesserung der Radinfrastruktur am Knotenpunkt und in allen Zuführungen. Die Stuttgarter Straße und die Industriestraße sind im Radinfrastrukturkonzept (RIK) Bestandteil des Hauptnetzes zweiter Ordnung (innerörtliche Hauptverbindungen). Die Weiterführung Richtung Süden hat als Teil des Ergänzungsnetzes insbesondere Bedeutung für die Anbindung des Gewerbegebietes Süd und der südlichen Stadtteile. Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit der im Zuge der Zufahrt zur „Spritnase“ abzweigenden Radroute, wird in der Stuttgarter Straße eine Mittelinsel entsprechend den Musterlösungen des Landes Baden-Württemberg als Querungshilfe für den links abbiegenden Radverkehr angelegt. Der stadteinwärts fahrende Radverkehr wird über einen im Knotenpunktbereich rot markierten

Schutzstreifen in die Fahrbahn ausgeleitet.

2. Technische Baubeschreibung

Straßenbau

Die Asphaltbeläge werden im direkten Knotenpunktbereich und in den angrenzenden Knotenpunktarmen erneuert. Der flächenmäßige Umfang der Erneuerung in den Knotenpunktarmen ist abhängig von vorhandenen Beschädigungen der Straßen und Gehwege und von stattfindenden Leitungsarbeiten. In stark beschädigten Bereichen im Knotenpunkt erfolgt die stellenweise Erneuerung der gesamten Asphaltdecken, in den anderen Bereichen wird lediglich die Asphaltdeckschicht erneuert. In den Bereichen mit Leitungsbau wird ein vollständig neuer Straßenaufbau hergestellt.

Gehwegoberflächen werden in schadhaften Bereichen und bei stattfindenden Leitungsbauarbeiten erneuert. Randsteine werden an den Querungsstellen zur Herstellung der Barrierefreiheit erneuert. Die Straßenentwässerung wird durch den Austausch von Straßeneinläufen erneuert.

Die beiden Fahrbahnteiler in der Stuttgarter Straße werden neu erstellt, um eine Aufstellbreite von 2,50 m zu gewährleisten. Die größere Aufstellbreite bietet mehr Sicherheit und die Möglichkeit des Querens mit Fahrrädern. Sämtliche Querungsstellen erhalten einen Bereich mit Nullabsenkung um das Queren für Rollstuhl- und Rollatornutzern zu erleichtern. Hier erfolgt die Anlage von Sperrfeldern zur Absicherung für blinde und sehbehinderte Menschen.

Die stadteinwärts angeordnete Bushaltestelle „Kreisberufsschulzentrum“ wird im Zuge der Baumaßnahme barrierefrei ausgebaut. Hierbei wird die bestehende Busbucht beibehalten. Diese wird mit einem 18 cm hohen Busbordstein ausgestattet und erhält eine neue Wartehalle.

Lichtsignalanlage, Markierung und Beschilderung

Die Lichtsignalanlage wird vollständig erneuert. Hierbei werden Lichtsignalgeber mit energiesparender LED-Technik installiert. Die Ausstattung für Blinde und sehbehinderte Menschen erfolgt nach dem Stand der Technik mit Anforderungstastern mit taktilem Signal sowie mit akustischen Signalen. Die Software und die im Schaltschrank verbaute Hardware wird den aktuellen Anforderungen angepasst. Hierbei wird ein Funkmodul für spätere Fernzugriffe sowie für eine Verbindung mit Verkehrsrechnern vorgesehen. Die

Bevorrechtigung für Buslinien wird berücksichtigt.

Für Radfahrer werden gesonderte Induktionsschleifen installiert, um eine gesicherte Anforderung des Grünsignals zu gewährleisten.

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit der dortigen Fußgänger wird die Ausfahrt der jetzigen Aral-Tankstelle mit einer Signalisierung ausgestattet. Die Sperrung des Gehweges erfolgt lediglich bei einer Freigabe für ausfahrende Fahrzeuge.

Die vorhandenen Wegweiser sind im Bestand an den Lichtsignalmasten angebracht. Diese werden durch neue Vorwegweiser an den Knotenpunktzufahrten mit aktualisierten Zielen ersetzt. Die vollständige Erneuerung der Markierung berücksichtigt die Belange des Radverkehrs.

Kanalisation

Die Stadtentwässerung Backnang wird im Baubereich punktuelle Reparaturmaßnahmen an der Kanalisation durchführen.

Gas- und Wasserversorgung

Die Stadtwerke Backnang GmbH wird im gesamten Baubereich umfänglich die Gas- und Wasserversorgungsanlagen erneuern. Zur Minimierung der Eingriffe in den Straßenverkehr erfolgt die Umsetzung abschnittsweise.

Durchführung der Baumaßnahme:

Die Ausschreibung der Baumaßnahme erfolgt im Januar 2022. Der Baubeginn für die Ausführung der Erneuerung von Gas- und Wasserversorgungsleitungen sowie der Erneuerung der Verkehrsinfrastruktur ist im März / April 2022 vorgesehen. Der Abschluss der Baumaßnahme soll mit den Asphalt- und Markierungsarbeiten in den Sommerferien 2022 erfolgen.

Während der Leitungsbau- und Straßenbauarbeiten soll eine einspurige Verkehrsführung in der Stuttgarter Straße erfolgen. Die Knotenpunktzuführungen im Zuge der Industriestraße müssen zeitweise voll gesperrt werden. Die detaillierte Bauablaufplanung erfolgt in Abstimmung mit dem Rechts- und Ordnungsamt mit dem Ziel, die Eingriffe in den Straßenverkehr in zeitlicher und räumlicher Hinsicht möglichst gering zu halten.

Die Gesamtkosten der Arbeiten für den Straßenbau und die Verkehrstechnik belaufen sich auf

ca. 780.000,00 EUR. Hierbei sind Baunebenkosten sowie 19 % Mehrwertsteuer beinhaltet. Die erforderlichen Mittel sind im Haushaltsplanentwurf 2022 unter dem PSK 54200000-78720010.015 eingeplant.

Im Wirtschafts- und Erfolgsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Backnang sind für die Kanalbauarbeiten ebenfalls finanzielle Mittel eingeplant.

Stadtrat Härtner stimmt zu, dass die Baumaßnahme dringend notwendig sei. Er möchte wissen, welche Kosten auf die Stadtentwässerung und die Stadtwerke zukommen werden.

Stadtrat Scheib fragt nach, weshalb an der Tankstelle eine Mittelinsel am Fahrradweg nötig sei.

Herr Kaltenleitner erklärt, dass die Mittelinsel nur als Interimslösung für Linksabbieger gedacht sei. Eine Kostenschätzung habe er nur für die Stadt Backnang vorliegen. Die angefragten Kosten der Stadtentwässerung und der Stadtwerke werde er nachreichen.

Stadträtin Lohrmann möchte wissen, ob Fahrradfahrer, die in Richtung Industriestraße nach links abbiegen, auf der Straße fahren müssen.

Herr Kaltenleitner bestätigt dies und ergänzt, dass die Lichtsignalanlagen auch die Fahrradfahrer erfassen.

Stadtrat Malcher kritisiert die zu geringe Breite der Straße nach der Holzbrücke auf der Stuttgarter Straße. Diese sei mit integriertem Fahrradweg zu eng.

Herr Kaltenleitner berichtet, dass diese Variante mit den Verkehrsplanern abgestimmt sei und es sich um eine Interimslösung bis zum Ausbau der B14 handele.

Der Ausschuss

beschließt

einstimmig:

Der Erneuerung der Fahrbahn- und Gehwegbeläge im weiteren Knotenpunktbereich der Stuttgarter Straße / Industriestraße sowie der Erneuerung der Lichtsignalanlage wird zugestimmt.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt und des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 11. November 2021 - Öffentlich -	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 17 Stadträte; Normalzahl 24
---	--

§ 38

Kita Imster Straße 3: Erneuerung Blechdach; Heizkesseltausch und Aufbau einer Photovoltaikanlage - Beschluss Energiekonzept

Herr Stier führt anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Die Kita Imster Straße 3 in Maubach wurde im Jahr 2019 für das Zuschussprogramm „Investitionsprogramm des Bundes 2020-2021 zur Kinderbetreuungsfinanzierung“ angemeldet. Gegenstand der beantragten Förderung ist die Sanierung des schadhafte und undichten Daches und der Austausch des Heizkessels in Verbindung mit dem Aufbau einer Photovoltaikanlage zur Erfüllung des Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWärmeG) Die Höhe der Förderung beträgt entsprechend dem zwischenzeitlich eingegangenen Förderbescheid 66.000 EUR – und damit 6.000 EUR mehr, als zunächst erwartet. Die Maßnahmen des Zuschussprogramms müssen – nach einer weiteren Verlängerung des Bewilligungszeitraums – bis spätestens 31. Oktober 2022 durchgeführt sein.

Der Baubeschluss wurde in der Sitzung am 15.07.2021 gefasst. Die Verwaltung hat zugesagt, das vorgeschlagene Energiekonzept nochmals zu überprüfen und weitere, CO₂-optimierte Konzepte einer funktional und wirtschaftlich angemessenen Heizwärmeversorgung unter Berücksichtigung des EWärmeG/GEG im ATU zur Abstimmung vorzustellen:

	Herstell- Kosten	Mehrkosten Alternative	Gesamtkosten auf 20 Jahre	Kosten pro Jahr	EEG-Verg pro Jahr	CO ₂ t pro Jahr	Primär- Bedarf
1. Vorschlag Verwaltung SV 074/21/GR Erfüllung EWärmeG, ungünstigste CO ₂ -Bilanz, jedoch wirtschaftlich ausgewogen Brennwertgaskessel 28 kW , PV 7 kWpeak und 10 kWh Batteriespeicher:	58.000,00 €	17.000,00 €	157.209,00 €	6.852,00 €	162,00 €	11,7	38,8 MWh/a
2. Alternative Erfüllung EWärmeG - günstige CO ₂ -Bilanz, wirtschaftlich teuerste Lösung Holz-Pelletkessel mit Erdsilo (Holzhütte brandschutzrechtlich unzulässig)	74.000,00 €	33.000,00 €	216.660,00 €	8.928,00 €	- €	4,3	43 MWh/a
3. Erfüllung EWärmeG - ungünstige CO ₂ -Bilanz, wirtschaftlich zweitbeste Lösung Brennwertgaskessel 28 kW , PV 7 kWpeak	41.000,00 €	- €	141.820,00 €	5.926,00 €	372,00 €	11,6	42 MWh/a
4. Erfüllung EWärmeG - günstige CO ₂ -Bilanz, wirtschaftlich beste Lösung Brennwertgaskessel 28 kW , PV 28, 5 kWpeak	81.000,00 €	40.000,00 €	134.516,00 €	6.236,00 €	1.919,00 €	0,4	- 2,3 MWh/a
5. Erfüllung EWärmeG - beste CO ₂ -Bilanz, wirtschaftlich zweitbeste Lösung Hochtemperatur-Wärmepumpe 28 kW , PV 28, 5 kWpeak	124.000,00 €	83.000,00 €	175.000,00 €	8.889,00 €	1.772,00 €	-5,5	- 22 MWh/a
= wirtschaftlich günstigste Lösung, günstigste CO ₂ -Bilanz, höchste Einspeisevergütung							
= wirtschaftlich im Mittelfeld, günstige CO ₂ -Bilanz, mittlere Einspeisevergütung							
= wirtschaftlich ungünstigere Lösung, ungünstige CO ₂ -Bilanz, keine Einspeisevergütung							
Grundlage:							
Wirtschaftlichkeitsbetrachtung IB Ratioplan GmbH							

Nach Würdigung aller relevanter Aspekte schlägt die Verwaltung das Konzept 4 – Brennwertgaskessel 28 KW mit Photovoltaikanlage 28,5 KWpeak – als weitgehend CO₂-neutrales und in der Gesamtkostenbetrachtung sehr wirtschaftliches Konzept vor. Durch die groß ausgelegte PV-Anlage wird mit dem Gebäude mehr Primärenergie erzeugt, als verbraucht.

Die voraussichtlichen geschätzten Baukosten über insgesamt 226.000 EUR brutto gliedern sich unter Berücksichtigung des Energiekonzepts 4 nach Kostengruppen wie folgt:

Kostengruppe	Maßnahme	brutto
300	Sanierung Blechdach	121.564,10 EUR
400	Energiekonzept 4	81.000,-- EUR
700	Baunebenkosten	23.435,90 EUR
Gesamtbaukosten, brutto		226.000,00 EUR

Die Maßnahmen sind im Haushaltsplanentwurf 2022 unter den PSKs 36500101.42110010 und 36500101.78710010-290 finanziert.

Er ergänzt, dass die vorgestellte Variante Nr. 5 vorerst nicht zu empfehlen sei, da es sich um eine neue Technik handle, die sehr teuer sei. Positiv sei allerdings, dass diese Variante eine negative CO₂-Bilanz aufweise.

Stadtrat Härtner lobt die CO₂-Bilanzierung und die Ausarbeitung durch die Stadt. Er verweist darauf, dass die Verwaltung mit einem Preis von 25 € pro Tonne CO₂ gerechnet habe, dieser aber schrittweise auf 55 € pro Tonne angehoben werde.

Stadträtin Dr. Ulfert bedankt sich für die umfangreiche Aufarbeitung und stimmt zu, dass die vierte Variante am besten geeignet sei. Die CDU-Fraktion könne heute über den Tagesordnungspunkt abstimmen.

Stadträtin Kutteroff fragt nach, ob bei den Herstellungskosten die Förderkosten schon einberechnet worden seien. Beim Einbau einer Wärmepumpe gebe es noch 35 % höhere KfW-Förderungskosten.

Herr Stier erwidert, dass die Zuwendung erst noch beantragt werden müsse und ob diese bewilligt werde, sei noch unklar. Daher habe man diesen Kostenansatz gewählt.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die Fördermittel sicher beantragt werden.

Stadtrat Franke schließt sich seinen Vorrednern an, dass die Verwaltung sehr gute Arbeit geleistet und konkrete Vorschläge erarbeitet habe. Die SPD-Fraktion könne heute über den Tagesordnungspunkt abstimmen. Er bestätigt, dass die CO₂ – Neutralität ein wichtiger Faktor sei, man aber alle Kosten im Blick behalten müsse.

Stadtrat Härtner stellt fest, dass über den Tagesordnungspunkt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen heute abgestimmt werden könne. Sie befürworten die Variante 4.

Stadträtin Täpsi-Kleinpeter möchte wissen, auf was sich der Förderbescheid in Höhe von 66.000 € beziehe.

Herr Stier antwortet, dass die Fördersumme unabhängig von der gewählten Variante sei. Es handele sich hierbei um ein Zuschussprogramm des Bundes für Kinderbetreuungsfinanzierung.

Der Ausschuss

beschließt

einstimmig:

Beim Bauvorhaben Kita Imster Straße 3, Maubach "Erneuerung Blechdach, Heizkesseltausch und Aufbau einer Photovoltaikanlage" die Umsetzung des Energiekonzepts 4 – Einbau eines Brennwertgaskessels sowie einer 28,5 KWhpeak-Photovoltaikanlage.

Große Kreisstadt Backnang

<p>Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt und des Verwaltungs- und Finanzausschusses</p> <p>am 11. November 2021</p> <p>- Öffentlich -</p>	<p>Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich als Vorsitzender Erster Bürgermeister Janocha</p> <p>und 17 Stadträte; Normalzahl 24</p>
--	--

§ 39

Entwurf des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022 – Vorberatung

Erster Bürgermeister Janocha führt in den Sachverhalt ein und übergibt das Wort an Herrn Zipf, der anhand einer Präsentation (siehe Anlage) die wesentlichen Eckdaten des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022 vorstellt.

Die Schwerpunkte im Jahr 2022 stellen den Neubau des Feuerwehrhauses Süd, der Sportkita und der Karl-Euerle-Halle sowie die Unterhaltung der Schul- und Kindergartengebäude dar.

Die Verwaltung beantwortet Detailfragen aus der Mitte des Gremiums.

Stadtrat Scheib tritt ab.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt und des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 11. November 2021 - Öffentlich -	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 16 Stadträte; Normalzahl 24
---	---

§ 40

Verschiedenes

Baudezernent Setzer erläutert einen Sachstandsbericht zum Ausbau der B14. Er berichtet, dass es ein Abstimmungsgespräch mit dem Regierungspräsidium gegeben habe. Dem Wunsch nach einer kreuzungsfreien und leistungsfähigeren Anschlussstelle Backnang-Süd auf Höhe der Spritnase, um die Ortsdurchfahrten Heiningen und Waldrems zu entlasten, sei nicht entsprochen worden. Die Rückstaus, die sich in den Spitzenstunden auf den Rampen von und zur B14 bilden, möchte das Regierungspräsidium verhindern, indem es sowohl die Rampen als auch das Brückenbauwerk und den Knoten mit einer weiteren Fahrspur versieht. Untersuchungen im Auftrag der Stadt haben ergeben, dass die Vermeidung von Rückstaus vor allem mit einer Auffahrt auf die B14 ohne Ampeln und Kreuzungen möglich sei. Autofahrer aus dem Weissacher Tal würden dann eher den Weg über die Heinrich-Hertz-Straße wählen, anstatt über Heiningen und Waldrems zu fahren und an der Opti-Kreuzung auf die Ampelanlage zu warten. Die Verkehrssimulation werde eingehend geprüft und dann im Gemeinderat vorgestellt.

Der Vorsitzende ergänzt, dass interkommunal ein Lösungsvorschlag ausgearbeitet werde. Es solle nicht an den Kosten scheitern, da die Stadt auch bereit sei, einen Teil der Mehrkosten zu tragen, die räumlich über die Grenze des Planfeststellungsbeschlusses hinausgehen.

Stadtrat Franke bemängelt, dass die Entlastung für die Ortsdurchfahrten von Heiningen und Waldrems durch diese Planung nicht besser werde. Dieser Zustand sei nicht erträglich, vor allem, da im Weissacher Tal weiter sehr viel gebaut werde und noch mehr Fahrzeuge die Abkürzung durch die Ortsteile nehmen werden.

Stadträtin Kutteroff rät dazu, ein neues Ingenieurbüro mit der Planung zu

beauftragen. Gespräche mit den Umlandgemeinden sehe sie kritisch, da diese bereits früher stattgefunden und zu nichts geführt haben.

Baudezernent Setzer erwidert, dass kein neues Ingenieurbüro beschäftigt werden müsse, da die Lösung bereits feststehe. In den Planfeststellungsbeschluss von 2007 dürfe die Stadt nicht eingreifen. Ebenso handele es sich bei der Heinrich-Hertz-Straße um eine Landesstraße, weshalb man noch Dritte miteinbeziehen müsse.

Stadträtin Dr. Ulfert bedankt sich für den Sachvortrag und fordert, dass sich die Mandatsträger im Bundestag und Landtag für den von der Stadt unterstützten Vorschlag einsetzen müssen.

Stadträtin Konrad stimmt Stadtrat Franke zu, dass eine Lösung mit Ampelschaltung für die Ortschaften Heiningen und Waldrems die schlechteste Variante sei.

Stadtrat Franke versichert, dass weit über 11.000 Fahrzeuge täglich die Strecke über die Ortsteile nehmen würden und als Konsequenz eine Sperrung des Heiningener Kreisverkehrs in Erwägung gezogen werden müsse.

Der Ausschuss diskutiert die Angelegenheit kontrovers.